

Sitzungsvorlage
Antrag

Nr.: 2018/062

Antrag der Gruppe grüneXsoli vom 24.10.2018: Anregung des Kreistages an das Niedersächsische Ministerium für Inneres und Sport zur Reisekostenvergütung für Fahrten kommunaler Mandatsträger/innen mit dem Fahrrad zu Sitzungen

Ausschuss Umwelt, Naturschutz, Land- und Forstwirtschaft	08.11.2018	TOP 10
Kreisausschuss	26.11.2018	TOP
Kreistag	17.12.2018	TOP

Eingang per E-Mail am 24.10.2018

Gruppe „grüne X soli“
Kreistag Lüchow-Dannenberg--

Banzau, d. 24.10.218

Wir bitten folgenden Punkt auf die Tagesordnung des Umweltausschusses am 8.11.2018 sowie auf die Tagesordnung des KA und KT zu setzen:

Anregung des Kreistages an das Niedersächsische Ministerium für Inneres und Sport zur Reisekostenvergütung für Fahrten kommunaler Mandatsträger/Innen mit dem Fahrrad zu Sitzungen

Beschlussvorschlag: Der Kreistag des Landkreises Lüchow- Dannenberg gibt folgende Anregung zur Reisekostenvergütung für Fahrten kommunaler Mandatsträger/Innen mit dem Fahrrad zu Sitzungen an das Niedersächsische Ministerium für Inneres und Sport:

„Nach der im Januar 2017 getroffenen Reisekostenverordnung § 5 zur Wegstreckenentschädigung werden Fahrten kommunaler Mandatsträger/Innen zu Sitzungen mit dem PKW pro Kilometer mit 0,30 Euro, Fahrten mit dem Fahrrad mit 0,05 Euro abgerechnet.

Die Landesregierung hat im März 2017 einen Entwurf eines Klimagesetzes erarbeitet, in dem bis zum Jahr 2030 die Reduktion von Treibhausgasen um 70% reduziert werden soll.

Der Bericht des Weltklimarates am 8.Oktober zeigt, dass drastische Maßnahmen erforderlich sind, um das Klimaziel 2030 zu erreichen. Der Autoverkehr belastet das Klima maßgeblich.

In Anbetracht dieser Fakten ist nicht nach zu vollziehen, dass Fahrten mit dem Fahrrad, die das Klima nicht belasten, im Vergleich zu den das Klima belastenden Fahrten mit dem PKW schlechter vergütet werden.

Der Kreistag Lüchow/Dannenberg spricht sich dafür aus, dass Fahrten von Mandatsträgern/Innen mit dem Fahrrad zu Sitzungen genauso vergütet werden wie entsprechende Fahrten mit einem PKW.

Eine derartige Regelung wäre ein Anreiz für Mandatsträger/Innen in ganz Niedersachsen mit dem Fahrrad zu Sitzungen zu fahren und damit auch eine Maßnahme für mehr Klimaschutz.“

Dieser Antrag wurde in ähnlicher Form schon zum Umweltausschuss am 31.5.17 gestellt, die Abstimmung im KT darüber aber verschoben, um Rückmeldungen vom Niedersächsischen Landkreistag sowie vom Städte- und Gemeindebund einzuholen.

Hermann Klepper
SOLI-Fraktion
Kreistag

Anschrift: Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport
Referat 32
Clemensstr.17
30169 Hannover

Stellungnahme der Verwaltung:

Siehe Stellungnahme der Verwaltung gemäß Sitzungsvorlage Nr. 2018/033 und deren Anlage zur Kreistagssitzung am 17.09.2018 (TOP 22.12).

Die Verwaltung gibt erneut den Hinweis, dass es sich bei Reisekostenrecht um ein reines Aufwands-erstattungsrecht handelt. Insofern besteht kein Raum für gestalterischen Spielraum, etwa aus Klimaschutzberwägungen. Dem Antrag kann insofern keinerlei Aussicht auf Erfolg beigemessen werden.
